SUPERillu

POLITIK

Woher kommt der Unmut im Osten, Herr Kretschmer?

Asyl-Wut, Energiewende-Frust, ARD/ZDF-Streit. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) im Interview mit SuperIllu zu der Frage, warum so viele Protest wählen und ob er sich vorstellen könne, auch mit der AfD zu koalieren

Herr Kretschmer, aktuell glauben laut einer Umfrage des Deutschen Beamtenbunds 77 Prozent aller Ostdeutschen, der Staat sei mit seinen Aufgaben überfordert, erfülle nicht ihre Erwartungshaltung. Woher kommt dieser Unmut? Rein wirtschaftlich könnten wir doch aktuell ganz zufrieden sein: Wiedervereinigung geglückt, Lebensstandard in Ost und West hoch, fast Vollbeschäftigung…

Wir sind sehr dankbar und froh, dass wir wieder in einem geeinten Deutschland leben. Es wird niemand bestreiten, dass die Wiedervereinigung ein Erfolg war. Dazu haben die Ostdeutschen viel beigetragen, sind durch schwierige Zeiten gegangen, haben viel erreicht. Unser Anspruch ist aber auch, dass wir uns die Lösungen für die Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht in diesem Oberlehrer-Duktus aus Berlin diktieren lassen. Die Menschen wollen selbst entscheiden, wie sie sprechen, welcher Antrieb ihr Auto haben soll, wie sie ihre Wohnung heizen. Unser Land steht für die Freiheit. Da gibt es einen Diskussionsstau. Viele Fragen sind von der Bundesregierung nicht gelöst, daher kommt die Unzufriedenheit, auch beim Thema illegale Migration und den Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

Diese Unzufriedenheit hat insbesondere in den östlichen Bundesländern zu sehr schwierigen politischen Verhältnissen geführt. Die politische Landschaft ist sehr gespalten. Nächstes Jahr sind Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg und überall ist die Frage, ob überhaupt noch Mehrheiten für eine Landesregierung zusammenkommen können. Sie regieren Sachsen schon in einer Dreierkoalition aus CDU, SPD und Grünen. Käme für Sie, wenn es am Ende Regierungsmehrheiten braucht, auch eine Koalition mit der AfD oder der Linkspartei in Frage?

Klar ist, dass sich ein Wahlergebnis eine Regierung suchen muss. Und dass die Dinge etwas komplex sind. Bei der AfD sehen wir eine sich immer weiter radikalisierende Partei, die eine Gefahr für den Frieden und den Wohlstand unseres Landes ist. Deswegen kann es mit dieser Partei keine Zusammenarbeit geben. Ich weiß, dass das der eine oder andere Bürger nicht richtig findet. Aber meine Aufgabe ist es, Schaden von unserem Land abzuwenden und deswegen geht es darum, alles zu tun, dass die AfD nicht in politische Verantwortung kommt. Eine Minderheitsregierung, wie aktuell in Thüringen, kann nicht das Ziel sein. An der Wahlurne entscheidet sich: Wollen Sie mit ihrer Stimme Zukunft gestalten – oder nur Protest ausdrücken? Eine Stimme für Protest ist am Ende eine verlorene Stimme. Die Linke hat ein riesiges Identitätsproblem. Die Jungen, die dort nachkommen, sympathisieren oft mit Linksradikalen wie der Antifa oder dem Schwarzen Block. Diese Linkspartei beschäftigt sich heute doch überwiegend nur noch mit sich selbst, spaltet sich, zerreißt sich.

Eines der großen Probleme der östlichen Bundesländer nach der Wende war, dass vor allem viele junge Menschen weggingen und aus beruflichen Gründen in den Westen zogen. Das Statistische Bundesamt prognostiziert nun, dass der Osten in den nächsten drei Jahrzehnten, bis zum Jahr 2050 weitere massive Einwohnerverluste erleiden wird: Sachsen minus 9 Prozent, Thüringen und Sachsen-Anhalt sogar über 15 Prozent ...

Anders als in den 1990er Jahren liegen die Ursachen dafür nicht bei einer Abwanderung wegen Arbeitsplatzmangel, sondern sind schlichtweg auf die geringe Geburtenrate zurückzuführen. Darüber müssen wir sprechen. Wollen wir so eine Schrumpfung? Ich meine, nein. Und wir arbeiten auch genau dagegen. Wir wollen deshalb Zuwanderung, insbesondere von Fachkräften. Die, die unser Land, ihre Heimat damals wegen fehlender Arbeitsplätze verlassen haben, aber auch neue aus dem Ausland. Hier sind wir auf einem guten Weg; neue Investitionen ziehen viele Menschen an, zum Beispiel in der Mikroelektronik.

Wer soll Ihrer Meinung nach als Zuwanderer kommen?

Notwendig ist eine gezielte und gesteuerte Fachkräftezuwanderung. Dazu brauchen wir Menschen, die zu uns kommen, um hier etwas beizutragen, die hier ankommen wollen, die Freude an der Art haben, wie wir hier leben. Diese sind sehr willkommen. Gegen was wir uns wenden, ist eine ungesteuerte, wahllose Massenimmigration.

Die ostdeutschen Bundesländer haben sich gut entwickelt. Nach den schweren Jahren nach der Wiedervereinigung mit Massenarbeitslosigkeit und Massenabwanderung sind sie heute der moderne Teil Deutschlands - eine Region, in der Vollbeschäftigung herrscht und die dank gemeinsamer Anstrengungen so attraktiv geworden ist, dass viele Menschen von anderswo hier gerne leben würden. Das müssen wir nutzen.

200000 Asylbewerber pro Jahr, kann man denn das so begrenzen? Schicken wir die anderen an der Grenze einfach wieder nach Hause? Oder sollte man das Asylrecht ganz abschaffen oder zumindest stark einschränken?

Die Innenministerkonferenz hat auf Bitte der Ministerpräsidenten dazu einen langen Maßnahmeplan vorgelegt. Das beginnt mit der Ausweisung von Menschen aus sicheren Herkunftsländern, aus denen wir in der Regel keine Asylanträge annehmen. Da geht es um Georgien und um die nordafrikanischen Länder. Zudem geht es um die schnelle Rückführung straffälliger und abgelehnter Asylbewerber. Obwohl in ganz Deutschland Bürgermeister und Landräte Alarm schlagen, dass sie nicht noch mehr Asylbewerber aufnehmen können, lässt die Bundesregierung ein ausgesetztes Aufnahmeprogramm für Asylbewerber aus Afghanistan wieder anlaufen. Die Bundesregierung muss endlich handeln, der Unmut in der Bevölkerung wächst.

Ein wichtiger Streit, der unser Land

SUPERillu

spaltet, ist der um die Energiewende. Spätestens seit der Forderung nach einer Pflicht zur Wärmepumpe...
Ich habe privat selbst eine Wärmepumpe im Haus und bin damit sehr zufrieden. Aber ich muss sie doch nicht jedem vorschreiben! Sie muss zum Haus passen, zum persönlichen Geldbeutel und zur persönlichen Lebenssituation. Es kann nicht sein, dass wir das allen so pauschal zum Stichtag ab sofort vorschreiben. Warum muss das alles so ganz, ganz schnell gehen, koste es, was es wolle? Das schafft Ärger, Angst und kostet uns am Ende Wohlstand.
Die Politik will Verbrennermotoren ab 2035 verbieten. In der Bevölkerung gibt es viel Skepsis. E-Autos sind bis jetzt recht teuer, Urlaubsfahrten wegen der Ladepausen länger. Elektroautos sind nachweislich im Brandfall schwerer zu löschen. Und reichen Strom und Ladestationen aus, wenn wirklich alle E-Autos fahren? Muss das so schnell gehen? Und braucht es diesen Umstieg überhaupt?

Wir haben in der DDR erlebt, was passiert, wenn Politiker entscheiden, was produziert wird und was nicht. Das hat zu einem ökonomischen Niedergang geführt. Und wir haben erlebt, dass mit dem Ende dieser Misswirtschaft, mit Freiheit, Rechtsstaat und Technologieoffenheit nach 1990 unser Land wirtschaftlich aufblühte. Dass das jetzt anders sein soll, dass die derzeitige Regierung sagt, es muss Elektro sein und nicht Hybrid oder E-Fuel, erschließt sich mir nicht.
Aber fast alle großen europäischen Autohersteller wie Opel und VW gehen sogar weiter und wollen schon ab 2027/28 gar keine Verbrennerautos mehr produzieren, nur noch E-Autos – u.a. auch in Sachsen, wo im VW-Werk Zwickau schon jetzt nur noch E-Autos, u.a. vom Typ ID.3 und ID.4, vom Band laufen...
Das liegt aber auch daran, dass die ihnen von der Politik gesetzten CO2-Ausstoßwerte so streng sind, dass ihnen gar nichts anderes übrig bleibt. Wenn das schiefgeht, kann das im Autoland Deutschland zu massiven wirtschaftlichen Problemen führen. Das ist etwas, was vielen im Land Sorgen macht. Es besteht die große Gefahr, dass die Energiewende zu einem Verlust an Wohlstand führt, den wir uns hart erarbeitet haben.
Ein Streitthema in unserer Gesellschaft sind auch die öffentlich-rechtlichen Medien. Im Kern ist die Kritik doch nicht, ob der Rundfunkbeitrag nun 17,50 Euro kostet oder 18,36 Euro. Und auch nicht, dass eine offenbar etwas abgehobene rbb-Intendantin private Dinner als Spesen abgerechnet hat. Sondern sie kommt oft von Konservativen, die ARD und ZDF für zu links halten, für linkes oder grünes Erziehungsfernsehen. Teilen Sie diese Kritik?
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine Insel der Verlässlichkeit und eine zentrale Stütze der Demokratie. Man kann sich über Haltungen und Programm-Prioritäten streiten. Aber wenn man keine gemeinsame Informations- und Faktenbasis, keinen gemeinsamen Wissenspool mehr hat, dann wird ein Gespräch unmöglich. Genau das ist in Zeiten der sogenannten Sozialen Medien, in denen Welten alternativer Fakten entstanden sind, die die Gesellschaft spalten, leider der Fall. Umso wichtiger sind starke öffentlich-rechtliche Medien. Wir müssen uns natürlich darüber einig werden, welchen Auftrag diese haben und welche gemeinsamen Regeln für sie gelten. Natürlich stört da manchen Zuschauer und Hörer auch mal der eine oder andere Beitrag. Mich ja auch! Aber das gilt doch auch für jeden von den privaten Sendern oder Verlagen, sicher auch für SuperIllu. Nur weil man sich da manchmal ärgert oder zum Beispiel über die teilweise im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gebrauchte Gendersprache aufregt, muss man ja nicht gleich diese für Deutschland wichtige Institution abschaffen.
Gerald Praschl
"Es wird niemand bestreiten, dass die Wiedervereinigung ein Erfolg war. Unser Anspruch ist aber auch, dass wir uns die Lösungen für Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht mehr in diesem Oberlehrer-Duktus aus Berlin diktieren lassen“
"Notwendig ist eine gezielte und gesteuerte Fachkräftezuwanderung (...). Gegen was wir uns wenden, ist eine ungesteuerte und wahllose Massenimmigration“
"Die Bundesregierung muss handeln, der Unmut wächst“
"Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine Insel der Verlässlichkeit und eine zentrale Stütze der Demokratie. Nur weil man sich da manchmal ärgert, muss man ja nicht gleich diese für Deutschland wichtige Institution abschaffen“